

Schriften zum Öffentlichen Recht

---

Band 1562

# Vom Ende des Vermeidungsgrundsatzes

Perspektiven mehrfacher Staatsangehörigkeit

Von

Vito Tamburo



Duncker & Humblot · Berlin

VITO TAMBURÒ

Vom Ende des Vermeidungsgrundsatzes

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 1562

# Vom Ende des Vermeidungsgrundsatzes

Perspektiven mehrfacher Staatsangehörigkeit

Von

Vito Tamburo



Duncker & Humblot · Berlin

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Münster  
hat diese Arbeit im Jahre 2023 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

D6

Alle Rechte vorbehalten

© 2025 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Satz: 3w+p GmbH, Rimpau

Druck: CPI books GmbH, Leck

Printed in Germany

ISSN 0582-0200

ISBN 978-3-428-19163-5 (Print)

ISBN 978-3-428-59163-3 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☺

Verlagsanschrift: Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9,  
12165 Berlin, Germany | E-Mail: [info@duncker-humblot.de](mailto:info@duncker-humblot.de)  
Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

*Meiner Mutter und meiner Großmutter*



## **Vorwort**

Ein politischbrisantes Forschungsthema kann sich für den Promovenden als Januskopf erweisen. Zwar ist man stets an aktuelle und aufschlussreiche Diskurse rückangekoppelt, was die Arbeit zu jedem Zeitpunkt kurzweilig gestaltet. Nichtsdestotrotz unterliegt man, gerade in der Rechtswissenschaft, dem Damoklesschwert des gesetzgeberischen „Federstrichs“, der sprichwörtlich „ganze Bibliotheken zur Makulatur machen kann“. An der Transferfähigkeit auf solche Zäsuren misst sich die Stabilität eines rechtspolitisch durchflochtenen Forschungsthemas.

Die mehrfache Staatsangehörigkeit ist eingedenk der jüngsten rechtspolitischen Entwicklungen wieder in aller Munde. Die am 19. Januar 2024 im Deutschen Bundestag verabschiedete umfangreiche Reform zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts – die zwar nicht mehr eingehend im Fließtext der Untersuchung, wohl aber in einer vor Drucklegung angefertigten Kurzanlage berücksichtigt werden konnte – bildet einen vorläufigen Abschluss dieser langwierigen politischen Findungsphase. Dass die Debatten rund um die migrations- und integrationspolitische Rolle des Staatsangehörigkeitsrechts nach dieser Novellierung verstummen werden, erscheint jedoch eingedenk der Intensität der Kontroverse, die weit mehr als ein Jahrhundert zurückreicht, ausgeschlossen. Kurzum: Der untersuchungsgegenständliche Vermeidungsgrundsatz mag abgeschafft sein; das Thema ist es jedoch keineswegs.

Die anliegende Untersuchung ist im Sommersemester 2023 von der Juristischen Fakultät der Universität Münster unter dem Arbeitstitel „Perspektiven des Optionsmodells“ als Dissertation angenommen worden, datiert auf dem rechtlichen Stand vom Tag der mündlichen Prüfung und ist für die Drucklegung überarbeitet worden. Das ursprüngliche Manuskript ist zum 31. Oktober 2021 fertiggestellt worden. Danach erscheinende Materialien, insbesondere die im Vorfeld des Staatsangehörigkeitsmodernisierungsgesetzes erschienenen Publikationen konnten nur noch punktuell eingepflegt werden, wobei die Stellungnahmen für die Öffentliche Anhörung im Innenausschuss vom 7. Dezember 2023 keine Berücksichtigung mehr finden konnten. Gleichermaßen gilt bezüglich des zum Zeitpunkt der mündlichen Prüfung anhängigen Vorabentscheidungsverfahrens C-684/22–C-686/22: Hier konnten lediglich die Schlussanträge von Generalanwalt Szpunar in der Anlage berücksichtigt werden.

In Anbetracht der Fertigstellung dieser Arbeit schulde ich vielen Personen einen großen Dank für die überwältigende Unterstützung, die gerade in den schwierigen Phasen schlichtweg unerlässlich war.

Zuvörderst gebührt meinem Betreuer und Erstgutachter, Herrn Prof. Dr. Fabian Witreck, ein herzlicher Dank. Er hat mich bei der Themenfindung und bei der Durchführung des Promotionsvorhabens stets mit vorbildlichem Engagement, überaus geduldig, freundlich und hilfsbereit unterstützt, mich zur Bewerbung auf die Promotionsförderung ermutigt und mich auch als externen Doktoranden immer wieder in den wissenschaftlichen Alltag eingebunden.

Der gleiche Dank gebührt Frau Prof. Dr. Nora Markard, MA (King's College London), für die zügige Fertigstellung des Zweitgutachtens, die engagierte Unterstützung gerade in einer schwierigen Phase des Projekts sowie für die zahllosen hilfreichen Hinweise zur Publikation.

Herrn Prof. Dr. Gernot Sydow danke ich für den Prüfungsvorsitz im angenehmen wie kurzweiligen Kolloquium im August 2023 sowie für die anschließende lebhafte Diskussion.

Zudem bedanke ich mich herzlich bei der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Diese hat bereits mein Studium mit einem Begabtenstipendium unterstützt und durch ein Promotionsstipendium mein Vorhaben finanziell wie ideell entscheidend erleichtert.

In der Danksagungsreihe dürfen selbstverständlich meine Familie und Freunde nicht fehlen, ohne die diese Arbeit wohl nie zu einem erfolgreichen Abschluss gekommen wäre. Hier sei meinem Vater Angelo, meinen Schwestern Patrizia und Sonia, meinen Schwägern, meiner Nichte und meinem Neffen sowie meiner gesamten Familie und all meinen – lediglich aus Platzgründen nicht namentlich aufgezählten – Freunden von ganzem Herzen gedankt, die bis zuletzt mitfieberten.

Doch der größtmögliche Dank gilt meiner Mutter Felicia, die zwar noch die mündliche Prüfung im August 2023, leider jedoch nicht mehr die Drucklegung der Arbeit miterleben konnte. Ohne ihre bedingungslose Liebe, ihre Unterstützung in jeder Lebenslage und -frage, ihren ansteckenden Optimismus, ihren unermüdlichen Kampf, durch den sie mir stets als Vorbild erhalten bleiben wird, sowie ihren ungebrochenen Glauben an mich – stets mehr, als ich mir selbst zugetraut habe – in dieser von verschiedenen Rückschlägen und der COVID-19-Pandemie geprägten Promotionszeit hätte ich dieses Projekt nicht zu Ende bringen können. Ihr Verlust schmerzt noch immer sehr. Leider blieb es auch meiner Großmutter Serafina, die immer ein liebevoller Rückhalt für mich war, verwehrt, das juristische „Heranwachsen“ ihres Enkelsohnes mitzuerleben.

Meiner Mutter und meiner Großmutter ist dieses Buch in tiefempfundener Liebe und Dankbarkeit gewidmet.

Hamm, im Februar 2024

*Vito Tamburo*

# Inhaltsverzeichnis

<b>A. Einführung: Staatsangehörigkeitsrecht und Mehrstaatigkeit im Kontext des Migrations(folgen)rechts .....</b>	33
I. Thematische Koordinatensetzung: Dichotomie des Untersuchungstopos .....	35
II. Faktische Koordinatensetzung: Mehrstaatigkeit in ihren statistischen Realitäten .....	38
III. <i>Modus operandi</i> , Gang der Untersuchung und Forschungsfragen .....	42
1. Wozu eigentlich (noch) Staatsangehörigkeit? Lokalisierung rechtlicher Funktionsfacetten von Staatsangehörigkeit als Zuordnungskonstante .....	43
2. Problemaufriss I: Exklusivität versus Mehrstaatigkeit – „Eine unendliche Geschichte“ .....	44
3. Problemaufriss II: Perspektiven „des“ bzw. „eines“ Optionsmodells .....	48
4. Folgen und Konsequenzen: Rechtspolitische Gestaltungsoffensiven als Alternative zum Optionsmodell im Prüfungsüberblick .....	51
IV. Darlegung des Untersuchungsbedarfs und Reflexion des Forschungsstandes .....	52
V. Abschließend: Was offen bleiben muss .....	54
<b>B. Funktionen, Bedingungen und rechtliche Konstituenten der (deutschen) Staatsangehörigkeit: Skizzierung eines elementaren Funktionswandels innerhalb des Migrationsrechts als Ausgangspunkt .....</b>	57
I. Grundlegungen: Staatsangehörigkeit als personale Basis von Legitimationsstrukturen im demokratischen Verfassungsstaat .....	59
1. Überkommene Funktionsverständnisse und angehörigkeitsrechtliche Begriffsfacetten aus völker- und staatsrechtlicher Perspektive .....	61
a) Völkerrechtliche Funktion: Staatsangehörigkeit als fundamentales und präzisiertes Zuordnungsinstrument .....	63
b) Staatsrechtliche Funktion: Gesamtheit rechtlich definierter Staatsangehöriger als <i>corpus</i> des staatskonstitutiven Elements „Staatsvolk“ .....	65
c) Staatsangehörigkeit und Integration .....	67
d) Staatsangehörigkeit als Anknüpfungspunkt im Internationalen Privatrecht .....	69
2. Sukzessiver Verständniswandel im Lichte zunehmender transnationaler Überlagerungerscheinungen und globaler Migrationsbewegungen .....	70
a) Entpartikularisierung durch nationale und transnationale Dynamisierung tradiertener Funktionen des Angehörigkeitsstatus: Ist das Daueraufenthaltsrecht „das neue Staatsangehörigkeitsrecht“? .....	71

b) Der dynamische Rechtsstatus der Unionsbürgerschaft im stetigen Wandel hin zum „grundlegenden Status“: Vom losen Annex zur Statusemanzipation .....	77
c) Folge: Rechtliche und soziopolitische Integrationsrendite durch Staatsangehörigkeit? .....	83
d) Folgerungen und Resümee: Staatsangehörigkeit als Zuordnungskonstante im Kontext sich wandelnder Staatlichkeit .....	86
II. Normative Grundlegungen der (deutschen) Staatsangehörigkeit .....	87
1. Allgemein-völkerrechtliche Determinanten der Staatsangehörigkeit .....	87
a) Grundsatz: Souveräne Ausgestaltung durch die Nationalstaaten, die Grenzen der Gestaltungshoheit und das Risiko des sog. <i>genuine links</i> .....	88
b) Staatenlosigkeit als Schranke der Gestaltungsbefugnis? .....	91
2. Konstitutionelle Präsuppositionen der Staatsangehörigkeit nach dem Grundgesetz: Verfassungsrechtliche Offenheit zugunsten der gesetzgeberischen Gestaltungsbefugnis .....	94
a) Art. 16 Abs. 1 GG: Schutzbastion einer entziehungsfesten Staatsangehörigkeit als Fundament demokratischer Gleichheit .....	94
aa) Schutzstandard des Art. 16 Abs. 1 GG als Abwehrrecht: Entziehungsschutz und Institutsgarantie .....	95
bb) Verfassungsrechtliches Egalisierungsgebot: Deutsche Staatsangehörigkeit als Grundlage gleichberechtigter Zugehörigkeit .....	97
cc) Punktuelle Permeabilität des Staatenlosigkeitsvorbehalts .....	99
b) Art. 116 GG: Historischer Fußabdruck des Kriegs- und Diktaturunrechts mit zeitloser staatsrechtlicher Aufladung .....	101
aa) Abs. 1: Definitionsvoranschlag des personellen Legitimationssubjekts .....	101
bb) Abs. 2: Wiedereinbürgerungsoption und Nichtausbürgerungsfiktion als konstitutioneller Ausdruck der Wiedergutmachung .....	104
cc) Formelle und materielle Staatsangehörigkeit als Konsequenz des Art. 116 Abs. 1 GG? .....	105
c) Art. 6 Abs. 1 GG: Perpetuierung eines Grundsatzes der staatsangehörigkeitsrechtlichen Familieneinheit <i>de constitutione lata</i> ? .....	108
d) Dennoch: Keine absolute Gestaltungsfreiheit der Statuszugänge auf Kosten verfassungsrechtlicher Wertentscheidungen (Art. 1 Abs. 1, 2 Abs. 1, 20 Abs. 2 S. 1 GG) .....	110
3. Erwerbs- und Verlustvarianten der Staatsangehörigkeit <i>de lege lata</i> und rechtshistorische Prototypen .....	112
a) Kurzrissche Genese staatsangehörigkeitsrechtlicher (Reform-)Gesetzgebung im Spiegel gesellschaftspolitischer Grundentscheidungen .....	112

b) Erwerb .....	116
aa) Originärer Erwerb (insbesondere der „Geburtserwerb“) .....	116
(1) Angehörigkeitserwerb kraft Abstammung: Prämissen familiärer und sozialer Bindungsentwicklungen als Fundament des sog. <i>ius sanguinis</i> .....	118
(2) Angehörigkeitserwerb kraft Geburt im Inland: Zum Facettenreichtum des sog. <i>ius soli</i> .....	121
(a) Gesetzliche Verankerung: Keine hyperinklusive „Zufälligkeit der Geburt“, sondern Erheblichkeit von Elementen des <i>ius domicilii</i> .....	122
(b) Kritik .....	126
(aa) Sonderfall des „reinen“ <i>ius soli</i> auf Ebene der Unionstaaten .....	126
(bb) Deutsche Regelung: Viel Rauch um (fast) nichts? .....	128
bb) Derivativer Erwerb .....	130
(1) „Unter ferner liefen“: Tatbestände der Ermessenseinbürgung .....	131
(2) Solleinbürgung ausländischer Ehegatten und Lebenspartner, § 9 StAG .....	133
(3) Anspruchs voraussetzungen der Einbürgerung nach § 10 StAG als Konnex von soziopolitischen Inklusions- und Exklusionsfaktoren .....	135
(4) Einbürgerungsrecht als integrationspolitisches Wechselspiel .....	139
c) Überblick: Verlustgründe nach dem StAG .....	141
aa) Verlust der Staatsangehörigkeit auf Eigeninitiative .....	142
bb) Rücknahme einer rechtswidrigen Einbürgerung als Ankerpunkt verfassungsrechtlicher Funktionsdiskurse über die Staatsangehörigkeit .....	143
cc) Durchsetzungsmechanismen des Vermeidungsgrundsatzes im engeren Sinne .....	143
dd) Verlust der Staatsangehörigkeit infolge des Eintritts in ausländische Streitkräfte oder der Beteiligung an Kampfhandlungen ausländischer terroristischer Vereinigungen .....	144
III. Überleitendes Zwischenfazit: Zugehörigkeitskonstante unter Definitions hoheit des parlamentarischen Gesetzgebers .....	146
<b>C. Anatomie der Mehrstaatigkeit und des erodierenden Vermeidungsgrundsatzes:</b> <b>Normative Anlagen, rechtliche Wurzeln und rechts- und soziopolitische Be gründungsansätze</b> .....	148
I. Staatsangehörigkeiten auf Kollisionskurs: Mehrstaatigkeit und ihr Zustandekommen .....	150
1. Terminologische Klarstellungen: „Doppelte“ und „mehrfache“, „echte“ und „unechte“ Mehrstaatigkeit .....	150

2. Entstehungsmodi der Mehrstaatigkeit .....	152
a) Positivkollision originärer Erwerbsgrundsätze .....	152
aa) Abkömmlinge bi- oder multinationaler Partnerschaften als Kollisionsreaktion internationaler Erwerbsmodi <i>iure sanguinis</i> .....	152
bb) Kollision von <i>ius sanguinis</i> und <i>ius soli</i> in verschiedenen Staatsangehörigkeitsregimen .....	153
b) Kumulierte Angehörigkeiten als Folge des derivativen Erwerbs der Staatsangehörigkeit .....	154
3. Folgerungen .....	155
II. Völkerrechtliche Auskunftsfrage: Die Vermeidung von Mehrstaatigkeit als internationalrechtliches Ziel? .....	156
1. Allgemeines Völkerrecht: Gleichrangigkeit der Staatsangehörigkeiten und Gestaltungsbefugnis als Ausgangspunkt .....	157
a) Keine allgemein-völkerrechtliche Maxime zur Hinnahme oder Vermeidung von Mehrstaatigkeit .....	157
b) „ <i>Nemo potest exire patriam</i> “: Faktische Begünstigung durch Staatenpraxis der fehlenden Entlassungsbereitschaft .....	159
2. Präzisierung und Generalisierung durch völkerrechtliche Verträge .....	160
a) Bilaterale Verträge „unter deutscher Beteiligung“ als Prototypen ihrer Zeit voraus? .....	160
b) Entwicklungsgenese völkervertragsrechtlicher Rezeptionen als Indiz für die Abstraktion von originärer und derivativer Entstehung von Mehrstaatigkeit .....	164
aa) Globale Vermeidungsdesiderate: Haager-Konventionen 1930 – Ein Konglomerat „zahnloser“ Absichtserklärungen .....	164
bb) Forcierung des geschlechtergerechten „ <i>système dualiste</i> “ als Wegbereiter der Mehrstaatigkeit am Beispiel einschlägiger UN-Konventionen .....	167
c) Europäische Vermeidungsdesiderate: Übereinkommen über die Verringerung der Mehrstaatigkeit und über die Wehrpflicht von Mehrstaatern 1963 .....	171
aa) Zaghafte Restriktionsversuche von Mehrstaatigkeit durch den Europarat .....	172
bb) Zweites Zusatzprotokoll als exemplarischer Enttabuisierungsschlussel .....	175
d) Europäisches Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit des Europarates 1997: „Vom Saulus zum Paulus“? .....	177
aa) Holzschnitt: Staatsangehörigkeitsübereinkommen als Kodifikation gemeinsamer Prinzipien inklusive sukzessiver Berücksichtigung von Individualinteressen .....	178
bb) Kompromiss der neutralen Rezeption von Mehrstaatigkeit als <i>status quo</i> im Europarat .....	179
3. Folgerungen: Konkretisierung heutiger Vermeidungsbestrebungen durch Völkerrecht und Überantwortung an innerstaatlichen Diskurs .....	183

III.	Unionsrechtliche Auskunftsfrage: Mittelbare Durchschlagswirkungen im Interesse der Grundfreiheiten ohne genuinen Einfluss auf Vermeidungsmechanismen der mitgliedstaatlichen Staatsangehörigkeitsgesetzgebung .....	184
1.	Keine Implikationen auf mitgliedsstaatliche Vermeidungs- oder Toleranzstrategien .....	184
2.	Säulen operativer Elemente mehrfacher (EU-)Staatsangehörigkeit aus Sicht des Unionsrichterrechts .....	186
a)	<i>Gullung</i> und <i>Gilly</i> : Keine frühe unionsrechtliche Aufladung der EU-Mehrstaatigkeit .....	186
b)	<i>Micheletti</i> : Absage an Dominanzabstufungen und Validitätsnegierungen kumulierter Staatsangehörigkeiten zum Zwecke des Unionsrechts .....	188
c)	<i>Garcia Avello</i> und <i>McCarthy</i> : EU-Mehrstaatigkeit als Freifahrtschein zur unionsrechtlichen Jurisdiktionsgewalt? .....	190
3.	Folgerungen .....	194
IV.	Staatsrechtliche Auskunftsfrage und verfassungsrechtliche Exklusivitätsdesiderate .....	195
1.	Rechtliche Qualifikation von Mehrstaatigkeit unter dem Regime des StAG 1870 und des RuStAG 1913 als Kontraindikator vorkonstitutioneller Perpetuierungen eines Vermeidungsgrundsatzes .....	195
2.	Nochmals anhand der Verhandlungen des Parlamentarischen Rates: Umgangsstrategien an den parlamentarischen Gesetzgeber überwiesen .....	200
3.	Mehrstaater-Beschluss des BVerfG oder auch: Eine „Übdoktrin“, die den Namen nicht verdient .....	203
4.	Ein „Verfassungsrecht der Mehrstaatigkeit“ oder ein „Verfassungsrecht gegen die Mehrstaatigkeit“? .....	206
a)	Institutsgarantie: Erwerbseinschränkungen als spiegelbildliches Analogon der grundsätzlichen Entziehungsfestigkeit der Staatsangehörigkeit? .....	207
b)	Nationalstaatliche Verfassungsinhärenz aus Art. 116 GG: Eine Schranke vermehrter Zulassung von Mehrstaatigkeit? .....	211
c)	Gleichheit: Mehrstaatigkeit und Vermeidungsgrundsatz als struktureller Ausgangspunkt gleichheitsverfassungsrechtlicher Kalamitäten? .....	213
aa)	Konzeptionelle Dimension („Ob“): Asymmetrische Standards als Distinktionsindikator zwischen genuin verfassungsrechtlichen und rechtspolitischen Kalamitäten .....	213
bb)	Qualitative Dimension („Wie“): Absolutes „Mehr“ an Rechten des Mehrstaaters im Vergleich zum Monostaater am Paradeexample pluralisierter Partizipationsrechte? .....	214
d)	Staatsstrukturprinzipien: Gesetzgeberische Implikationen in das Staatsangehörigkeitsrecht und Hinnahme der Mehrstaatigkeit unter dem Demokratieprinzip? .....	217
aa)	Vorfrage: Offenheit des (angehörigkeitsrechtlichen) Volksbegriffes nach Art. 20 Abs. 2 S. 1 GG für normative Zuordnungsentscheidungen des Gesetzgebers .....	217

bb)	Keine Auflösung der Ausschließlichkeit des mit der Staatsangehörigkeit verbundenen exklusiven Treue- und Pflichtenverhältnisses als Verfassungs- und Demokratieproblem .....	220
cc)	Kein Funktionsverlust der konstitutionell abgesicherten Staatlichkeit durch eine individualistische Relativierung der Schicksalsgemeinschaft .....	223
dd)	<i>Vice versa</i> : Hinnahme von Mehrstaatigkeit kein genuin rechtliches Filtrat, sondern ein verfassungspolitisches Desiderat .....	227
e)	Verfassungsrechtliche Bilanz: Reformen ohne Verfassungsbruch, sondern als Index verfassungsrechtlicher Wertneutralität .....	229
V.	Architektur innerstaatlicher Durchsetzungsmechanismen und Revisionen des Vermeidungsprinzips: Von angehörigkeitsrechtlicher Scheinkonstituante zur offenen Rechtsillusion? .....	231
1.	Vermeidung von Mehrstaatigkeit im derivativen Staatsangehörigkeitserwerb als Epizentrum des sog. Vermeidungsgrundsatzes .....	232
a)	Vermeidung von Mehrstaatigkeit als normative Voraussetzung der Anspruchseinbürgerung .....	232
aa)	Implikationen von Regel und Verfahren: Reichweite der konstitutionellen Anspruchs- und Integrationsvoraussetzung .....	233
(1)	Problem I: Verwaltungsrechtsdogmatische Frage des Verlust- und Aufgabezeitpunktes und problematische gesetzgeberische Kompatibilitätsofferte mit Nebenbestimmungen .....	234
(2)	Problem II: Rechts- und Integrationspolitische Folgewirkungen .....	236
bb)	Der Ausnahmenkatalog des § 12 StAG und dessen Rechtsprechungsgenese als Unzumutbarkeitskorrektiv: Strukturelle Fragilität des Vermeidungsgrundsatzes? .....	238
(1)	Fragilität: Rechtliche oder „faktische“ Unmöglichkeit der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 1, Nr. 2 StAG, als genuin rechtlicher Abhängigkeitsnachweis des Vermeidungsgrundsatzes von ausländischer Staatsgewalt .....	239
(2)	Billigkeit: Versagung aus den Gründen in § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 StAG zur Schaffung von Einzelfallgerechtigkeit .....	242
(a)	Gründe, die der Einzubürgernde nicht zu vertreten hat, und Bescheidung in nicht angemessener Zeit als präzise umrissene Ausnahmevorgaben .....	243
(b)	„Unzumutbarkeit“ als Wirkungsexempel des Vermeidungsgrundsatzes .....	244
(3)	Einzelfallgerechtigkeit: Ausnahmetatbestände für „unverhältnismäßige Schwierigkeiten“, „besondere Härte“ bis hin zu „erheblichen Nachteilen“ nach § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 und Nr. 5 StAG .....	248
(4)	Ausnahmetatbestand für Flüchtlinge nach der GFK .....	251

(5) Durchbrechung des Vermeidungsgrundsatzes qua Generalklausel und Verfassungsrecht? .....	253
(a) Generalklausel des § 12 Abs. 1 S. 1 StAG: Systematisch synchronisiert mit dem Ausnahmenkatalog .....	253
(b) Hinnahme von Mehrstaatigkeit als Produkt verfassungsrechtlicher Schrankensetzung durch individuelle Gewissenskonflikte (Art. 4 Abs. 1 GG) .....	255
cc) Gesetzgeberisch gewollte Abweichung: EU-Mehrstaater und Staatsangehörige der Schweiz als angehörigkeitsrechtliche Privilegienträger .....	257
b) Vermeidung von Mehrstaatigkeit im Zuge der Ermessenseinbürgerung	260
c) Vermeidungsgrundsatz in der Ehegatten- und Lebenspartnerinbürgerung	262
d) Konsequenzen und Würdigung des Vorstehenden: Eine „Regel-Ausnahme-Umkehrung“ als konzeptioneller Fragilitätsnachweis des Vermeidungsgrundsatzes? .....	263
2. Vermeidungsgrundsatz auf der Verlustebene: Derivativer Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit und „Auslandsadoption“ Minderjähriger durch ausländische Staatsangehörige .....	268
a) Rechtspolitische Immanenz und Struktur des § 25 Abs. 1 StAG als Zuwendungsindeks zum ausländischen Einbürgerungsstaat .....	268
b) Zentraler Exemptionsindikator: Beibehaltungsgenehmigung in § 25 Abs. 2 StAG .....	270
c) Novellierungen des § 27 StAG als Exempel rechtspolitischer Konsistenzkontroversen über disparate Exemtionen des Vermeidungsgrundsatzes .....	273
3. Originärer Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit: Grundsatz und Beschränkungen .....	274
a) Konzeptionelle Beschränkung des originären Erwerbs <i>iure sanguinis</i> durch einen „Auslandsgenerationenschnitt“ .....	275
b) Konzeptionelle Beschränkung des originären Erwerbs <i>iure soli</i> : Das Optionsmodell .....	276
4. Folgerungen: Vermeidung von Mehrstaatigkeit als leicht überschreitbare Grenze eines jeden Erwerbs- und Verlusttatbestandes? .....	277
VI. Rechtliche und scheinrechtliche Begründungsansätze zur Vermeidung oder Hinnahme von Mehrstaatigkeit .....	281
1. Rechtshistorischer Ausgangspunkt: Überkommene Mitgliedschaftsvorverständnisse und ein Geflecht konkurrierender Nationalstaaten als Problem auslöser .....	283
a) Differente Problemperspektiven unter völkerrechtlichen und staatsfunktionellen Koordinaten .....	284
b) Folge der Radizierung: Krisenfallszenario <i>ad extremum</i> .....	286

2. Rechtliche Konfliktpunkte: Prinzipielle Ignorierung fremder Staatsangehörigkeiten bei Inanspruchnahme eigener Staatsangehöriger als Ausgangspunkt .....	290
a) Diplomatische und konsularische Schutzausübung: Der klassische Konflikt konkurrierender Personalhoheiten .....	291
aa) Einwand: Schutzfrage als Resultat kollidierender Personalhoheiten <i>par excellence</i> .....	292
bb) Replik I: Keine völkerrechtliche Schutzlosigkeit im Dreiecksverhältnis .....	294
cc) Replik II: Zunehmender Rekurs auf die vorherrschende Staatsangehörigkeit als Folge zunehmenden „Empowerments“ des mediatisierten Individuums im Völkerrecht .....	295
b) Reziprokes Verhältnis Heimatstaat – Individuum: Mehrfache Staatsangehörigkeit als mehrfache Inanspruchnahme? .....	302
aa) Wehrpflicht: (K)ein Problem der laufenden Epoche? .....	302
(1) Einwand: Die Aussetzung der Wehrpflicht in Deutschland als Alpha eines neuen Problems? .....	303
(2) Lösungsangebot und Rechtslage: Aussetzung der Wehrpflicht als zweischneidiges Schwert .....	304
bb) Steuerrecht: Gelöste Mehrfachbesteuerungen als Pioniere völkervertragsrechtlicher Zugänglichkeit .....	308
c) Internationales Privatrecht: Keine Frage des „Ob“ der Mehrstaatigkeit, sondern eine Frage des „Wie“ .....	312
aa) Mehrfache Staatsangehörigkeit, multiple Anknüpfung? .....	312
(1) Einwand: Gefahr „hinkender Rechtsverhältnisse“ im IPR .....	314
(2) Replik: Strukturschwäche der <i>pro-domo</i> -Klausel als Problemursache .....	315
bb) Zuständigkeits- und Anerkennungswettläufe im internationalen und europäischen Zivilverfahrensrecht .....	317
d) Holzschnitt: Fragen des Internationalen Straf- und Auslieferungsrechts: Sukzessiv bedeutungslos, im Unionsraum obsolet .....	320
e) Rück- und Ausblick auf die rechtlichen Konfliktfelder anhand eines aktuellen Beispiels: Struktur- und Bestandsschwäche aller Einzelstaatsangehörigkeiten durch Statuspluralisierung aus verfassungsrechtlicher Sicht? .....	323
3. Zum Spezifikum der EU-Mehrstaatigkeit: Demokratietheoretische Kalamität eines Grundsatzes „ <i>one person, two votes</i> “ als Gefahr eines „ <i>nationality shopping</i> “? .....	326
a) Seitenblick: Rar gesäte Privilegierungsmechanismen weiterer EU-Mitgliedstaaten für eine erleichterte Einbürgerung für EU-Ausländer .....	328
b) Demokratiedefizit durch „echte“ Doppelwahlen? Die „Causa di Lorenzo“ als Menetekel künftiger Wahlungleichheiten? .....	331

c) Demokratiedefizit durch „unechte“ Doppelwahlen? Rekurs und Abstraktion von der reklamierten doppelten Wahlmöglichkeit von Mehrstaatern .....	336
d) Folgerungen: EU-Mehrstaatigkeit ohne partikulares Unrechtspotential .....	338
4. Rechts- und integrationspolitische Kosten-Nutzen-Abwägung: Überwiegen die Chancen der Hinnahme von Mehrstaatigkeit die Destabilisierungsszenarien? .....	339
a) Narrativ des automatisierten Loyalitätskonflikts: Irregularität kumulierter Staatsangehörigkeiten aufgrund eines exklusiven „Wesens“ der Staatsangehörigkeit? .....	340
aa) Einwand: Statuskumulationen als normative Degradierung bürger-schaftlicher Zugehörigkeit im Allgemeinen? .....	340
bb) Replik: Migrationspolitische Realitäten vor dem Anachronismus des exklusiven Loyalitäts- und Treuekonzepts der Staatsangehörigkeit .....	343
b) Soziopolitische „Integrationshemmung“ durch mehrfache Staatsangehö-rigkeit? .....	346
aa) Einwand: „Wir können aus dem ‚Staatenkuchen‘ uns nicht nur die Rosinen suchen“ .....	347
bb) Replik: Artifizielle Vermengung nur bedingt kompatibler Sachfragen .....	348
c) Gegenrede aus staatsfunktioneller und demokratietheoretischer Perspek-tive .....	351
aa) Interventionsoptionen von Seiten der Hoheitsgewalt des Herkunfts-heimatstaats: Destabilisierungswirkung durch außen- und innenpoli-tische Desintegrationseffekte .....	352
(1) Ausgangspunkt: Mehrstaatigkeit als politisches Instrument zum Ausbau der personalhoheitlichen Souveränität über die Diaspora .....	353
(2) Folgewirkung I: Außenpolitische Desintegration als Damokles-schwert hingennommener Mehrstaatigkeit? .....	355
(3) Folgewirkung II: Innenpolitische Desintegration und Minderhei-tenschutz – Vorrechtliche Bedenken über aus Minderheitenrech-ten erwachsende Partizipationsinstanzen .....	360
bb) Demokratietheoretische Implikationen: Wider die Unterinklusion durch Einräumung von Mehrstaatigkeit, wider die Überinklusion durch intergenerative Überführung in die Monostaatigkeit – Mehr-staatigkeit als Transitzustand .....	364
d) Resümee: Staatspolitische und rechtssoziologische Vorteile im Einwan-derungsstaat Deutschland .....	367
5. Folgerung: Hinnahme von Mehrstaatigkeit kein rechtliches „Übel“, in regu-liertem Maße ein potentieller „Genuss“ .....	368
VII. Rechtsvergleichender Seitenblick: Staatenpraxis als Argument für eine stär-kere Permission mehrfacher Staatsangehörigkeit? .....	371
1. Grundlegend: Begrenzte Vergleichbarkeit staatsangehörigkeitsrechtlicher Konzeptionen? .....	372

2. Trend innerhalb der EU-Mitgliedstaaten: Vorsichtige Tendenz in Richtung Hinnahme trotz vernehmbarer staatsangehörigkeitspolitischer Heterogenität	376
<b>VIII. Bündelung wesentlicher Erkenntnisse: Renitentes Festhalten am Vermeidungsgrundsatz als <i>pars pro toto</i> für ein monosedentäres Migrationsrecht? . . . . .</b>	379
1. Auskunftsfrage des Völker- und Europarechts: Mehrstaatigkeit als öffentliches Statuskollisionsrecht nur peripher dem internationalen Recht überantwortet . . . . .	379
2. Auskunftsfrage des StAG: Fragilität des Vermeidungsgrundsatzes im Lichte künftiger Migrationsbewegungen . . . . .	380
3. Was ist das „Übel“ an der Mehrstaatigkeit? . . . . .	382
4. Desiderat: Transitorische Mehrstaatigkeit im Immigrationskontext als Materie des Völkervertragsrechts . . . . .	384
<b>D. Retro- und Prospektive des sogenannten Optionsmodells als Spezifikum: Rosender Anker des Vermeidungsgrundsatzes? . . . . .</b>	386
I. Konzeptionelle Säulen und Wurzeln des Optionsmodells . . . . .	387
1. Entwicklung des Optionsmodells als Kompromissresultat einer gesellschaftspolitischen Kontroverse . . . . .	387
a) Diskussionshergang: Reformpotential als Zufallsprodukt der Mehrheitsverhältnisse innerhalb beider Gesetzgebungsorgane . . . . .	388
b) Kurzisch: Verfassungswidrige Betaversion und Schnittstellen zum finalen Endprodukt des Optionsmodells – Das Modell der sogenannten Kinderstaatszugehörigkeit . . . . .	391
c) Erwerbsregelungstechnischer Paradigmenwechsel unter Inkaufnahme einer Einschränkung . . . . .	393
aa) „Traditionelle“ staatsangehörigkeitsrechtliche Etymologie der Option: Vom Instrument zur Vermeidung von Mehrstaatigkeit . . . . .	394
(1) Die Option als völkerrechtliches Instrument für ein verbindliches Zugehörigkeitsproprium nach einer Staatsukkession . . . . .	395
(2) Die Option als staatsangehörigkeitsrechtliches Gestaltungsinstrument: Gemeinsamkeiten und Unterschiede . . . . .	396
(3) Die Option als rares Instrument zur Vermeidung von Mehrstaatigkeit: Akademische Vorreiter und Tuchfühlungen aus der Staatenpraxis . . . . .	398
(a) Abwahlzwang als akademisches und rechtspolitisches Glasperlenspiel . . . . .	398
(b) Der Optionszwang als Instrument zur Vermeidung von Mehrstaatigkeit in der internationalen Praxis: Überholte oder gescheiterte Exempel . . . . .	401
(c) Noch heute als Verzichtsobligationen praktizierte „Optionswände“ als Exempel prozeduraler und inhaltlicher Permeabilität . . . . .	403
(d) § 29 StAG als „deutscher Sonderweg“ . . . . .	406

bb) Rechtsnatur und Regelungswirkung – Mehrstaatigkeit unter auflösender Bedingung der Tätigung einer Obliegenheit .....	407
cc) Administrative Eigentümlichkeiten des Optionsverfahrens nach alter und neuer Rechtslage .....	409
dd) Die Beibehaltungsgenehmigung als verfassungsrechtlich notwendiges und systematisch folgerichtiges Korrektiv: Zusätzliches Einfalls- tor für Durchbrechungen des Vermeidungsgrundsatzes .....	414
d) Skizzierung der rechtlichen und gesellschaftspolitischen Kontroverse über das „native“ Optionsmodell vor dem Änderungsgesetz .....	417
aa) Rechtspolitische Schwächen und rechtliche Folgefragen des Optionsmodells .....	417
(1) Während des Optionsverfahrens geborene Kinder .....	417
(2) Migrationsfolgenrechtliche und rechtspolitische Probleme gestern und heute .....	418
(3) Komplikationen im Bereich des Internationalen Privatrechts ..	421
bb) Integrationspolitische Streitbarkeit des Optionsmodells als Zentrum der Kontroverse .....	422
(1) Das Optionsmodell im Lichte der divergierenden Integrations- prämissen .....	423
(2) Die Abwahlauscheidung als ausschließliches Barometer des Integrationsgrades .....	425
(3) Begrenzte Aussagekraft empirischer Erkenntnisse zu dem Optionsverhalten der Betroffenen vor der Novellierung .....	425
(4) Folgerung: Kompromissprodukt eines Optionsmodells unter In- kaufnahme von Zugeständnissen auf Seiten beider integrations- politischer Ansätze .....	428
2. Restrukturierung des Optionsmodells 2014: Entschärfung unter Inkaufnahme rechtlicher Probleme im dezimierten Anwendungsbereich .....	429
a) Konzeptionelle Modifikationen im neuen Optionsrecht: Novellierter Voraussetzungskatalog als rechtliche Grundlage der profunden Modell- entkräftigung .....	432
aa) Identischer Grundsatz: Äquivalenter Anwendungskreis .....	433
bb) Teleologische Einschränkung bei Kindern aufgrund einer Naturali- sation der Eltern? .....	434
cc) Kriterium des „Aufwachsens“ im Sinne des Abs. 1a als neuer, zen- traler Ausgangs- und Aufhebungsschlüssel .....	436
(1) Grundlegung: Staatsangehörigkeitsrechtliche Auslegung des ge- wöhnlichen Aufenthalts im Inland .....	437
(2) Härtefallklausel als flexibilisierendes Korrektiv in restriktiver Handhabung .....	439
(3) Folgen und Würdigung der Bereichsausnahme: Weitgehende Entschärfung der rechts- und integrationspolitischen Sprengkraft	440
dd) Erhalt des Hinweises nach Abs. 5 S. 5 als materielle Obliegenheits- voraussetzung .....	442

b) Erhebliche Applikationsprobleme im Optionsvorverfahren nach Abs. 5: Die <i>ultima ratio</i> der Öffentlichen Zustellung als Garant des fehlenden „Erhalts“ .....	443
c) Zwischenergebnis: Optionsmodell als entschärftes Kompromissprodukt – Konzeptionelle Belastung des Erwerbs <i>iure soli</i> als Symbol? .....	448
II. Verfassungsmäßigkeit und verfassungsrechtliche Implikationen eines Optionsmodells im Allgemeinen und des § 29 StAG im Besonderen .....	449
1. Verfassungsrechtliche Bewertung des Optionsmodells aus der (facettenreichen) Perspektive des Art. 16 Abs. 1 GG .....	449
a) Virulenz auf Verlustebene: Der Verlust der Staatsangehörigkeit <i>qua optio</i> als grundgesetzlich verbotene Entziehung im Sinne des Art. 16 Abs. 1 S. 1 GG? .....	449
aa) Entziehbegriffe in Schrifttum und Rechtsprechung im Wandel: Abgrenzung zum Verlust .....	450
(1) Wortlautorientierte und historisch-teleologische Auslegungszu- griffe .....	451
(2) Entwicklungsbemühungen des „Entziehbegriffes“ im Lichte der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung .....	452
(3) Kurzratisch: Vorzug und Schwäche des funktionellen Ansatzes des BVerfG unter komplementärer Heranziehung des Zumutbar- keitsansatzes .....	455
bb) Notwendigkeit der Differenzierung verschiedener Verlustmodi .....	457
(1) Positivoption ohne Nachweis über die Aufgabe der ausländischen Staatsangehörigkeit .....	457
(2) Unterlassene Abgabe einer Erklärung .....	459
(3) Positivoption für die ausländische Staatsangehörigkeit .....	460
cc) Folgerung: Optionskonzept im Hinblick auf Art. 16 Abs. 1 S. 1 GG bedenkenlos .....	461
b) Virulenz auf Erwerbsebene: Die optionsbelastete Staatsangehörigkeit als Differenzierung im Sinne einer Staatsangehörigkeit der „zweiten Klas- se“? .....	461
aa) Optionsbelastung keine inhaltliche Statusdiminuierung .....	462
bb) Idealtypische Permanenz der Staatsangehörigkeit für die Verfas- sungskonformität unergiebig .....	464
c) Optionsregelung als Verlusstatbestand im Sinne des Art. 16 Abs. 1 S. 2 GG: Abstraktion von Konzeption und Prozedur .....	466
aa) Legitimer Zweck der Vermeidung von Mehrstaatigkeit: Heranzie- hung des Prinzips und gedeckter Novellierungsbedarf .....	467
bb) Verfassungsrechtliche Kalamität der Ursprungsfassung: Fälle dro- hender Staatenlosigkeit bei prozeduralen Versäumnissen .....	467
cc) Konzeptuell: Novellierte Optionsregelung als verhältnismäßiger Verlusstatbestand .....	469

dd) Prozedural: Öffentliche Zustellung des Optionshinweises und der deklaratorischen Verlustfeststellung als verfassungsrechtlich unbetretbarer Verlustkorridor? .....	471
d) Fazit: Abstrakte Entschärfung der verfassungsrechtlichen Virulenz aus Art. 16 Abs. 1 GG – Konkrete Verschärfung in der prozeduralen Verwirklichung .....	476
2. Optionspflicht und Gleichheitssätze (Art. 3 Abs. 1, Abs. 3 S. 1, 33 Abs. 1 GG) .....	476
a) Die Optionspflicht als gegen Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG verstößende Differenzierung nach der „Abstammung“ des Betroffenen? .....	477
aa) Maßstab: „Staatsangehörigkeit“ als verbotenes Differenzierungskriterium? .....	479
bb) Direkte Fassung der Optionsregelung nach § 29 StAG unter dem verbotenen Merkmal der „Abstammung“ oder „Heimat“? .....	480
(1) Differenzierungskriterium „Abstammung“: Über ein verfassungsgerichtlich konstruiertes Nadelöhr .....	480
(2) § 29 StAG als lediglich „dem Wesen nach auf der Abstammung beruhende“ Differenzierung .....	482
(3) Inlandssozialisationsprivileg des „Aufwachsens“ (§ 29 Abs. 1a StAG) keine Diskriminierung nach der „Heimat“ .....	484
b) Analyse optionsrechtlicher Gleichheitsprobleme am allgemeinen Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG) .....	485
aa) Konzeptionell: Gesonderte Pflicht für Deutsche <i>iure soli</i> im Allgemeinen als Ungleichbehandlung .....	485
(1) Würdigung der als Rechtfertigungsgründe proklamierten Sach-erwägungen .....	486
(2) Divergierende Integrationsvermutungen zugunsten Deutscher <i>iure sanguinis</i> als gewichtiger sachlicher Differenzierungsgrund .....	487
(a) Verhältnismäßigkeitseinwand .....	488
(b) Replik .....	489
(aa) Im Lichte der Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers .....	490
(bb) Mit Einschränkung: Im Lichte der vom Gesetzgeber gewählten Ausgestaltung und der Rechtsnatur .....	492
(cc) Spezifikum der Novellierung: Im Lichte partiell plausibilisierter Integrationsprämissen .....	494
(dd) Mit Einschränkung: Im Lichte des Generationenschnitts, § 4 Abs. 4 StAG .....	494
(3) Konzeptionelles Fazit: Distinktionen und Typisierungen zwischen den originären Erwerbsmodi als Exempel weitreichender gesetzgeberischer Gestaltungsbefugnis .....	495
bb) Replikation der Vergleichsgruppen als inhärentes Plausibilitäts- und Verfassungsproblem .....	496

cc) EU-Mehrstaater und Schweizer Mehrstaater versus Mehrstaater mit Drittstaatsangehörigkeit .....	500
(1) EU-Mehrstaater .....	500
(a) Sachlicher Grund: Rechtfertigung über internationale Sonderbeziehungen eingedenk des verfassungsrechtlichen Integrationsförderauftrages in Art. 23 GG? .....	500
(b) Würdigung der sachlichen Gründe im Rahmen der Rechtfertigung: Nicht alles europäische Integration, was privilegiert? 502	
(2) Schweizer Bürger: Keine EU – kein sachlicher Privilegierungsgrund? .....	505
(3) Zwischenergebnis: Privilegierungstatbestände als Abstraktionsexempel zwischen rechtspolitischen Zweifeln und gesetzgeberischer Gestaltungsbefugnis .....	509
dd) Faktische Privilegierung von Staatsangehörigen entlassunwilliger Drittstaaten .....	509
ee) Privilegierung von Spätaussiedlern (§ 15 BVFG) .....	510
ff) Implementationsprobleme der Öffentlichen Zustellung als Indikator des Erfordernisses einheitlicher Rechtsanwendung (Art. 33 Abs. 1 GG) .....	511
gg) Zwischenfazit: Gleichheitsrechtliche Kontrolle als Trennlinie zwischen rechtspolitischer Plausibilität und genuin verfassungsrechtlichen Geboten .....	512
3. Demokratietheoretische Implikationen des optionsbedingten Staatsangehörigkeitsverlustes, Art. 20 Abs. 1, Abs. 2 GG .....	513
4. Kurzriss: Konformität der grundrechtseinschränkenden Vorschrift mit (vermeintlichen) verfassungsrechtlichen Formalitäten .....	515
a) Gesetzgeberisches Versäumnis im Hinblick auf das Zitiergebot? .....	515
b) Hinreichende Bestimmtheit der Härtefallklausel (Art. 20 Abs. 3 GG) ..	518
5. Ergebnisse der verfassungsrechtlichen Konformitätskontrolle: Entschärfungen und Verschärfungen einer in sich wenig tragfähigen Restregelung – Fokusverschiebung von der Konzeption auf die Prozedur .....	519
a) Mittelbarer Einfluss der Reform auf die Verfassungskonformität: Grenzen der Integrationshypthesen und Hürden der prozeduralen Abwicklung .....	519
b) Konzeptionelle Verfassungskonformität von Optionsmodellen, prozeduraler Stillstand als neues Verfassungsproblem .....	520
III. Unionsrechtskonformität des § 29 StAG: Konzeptionsgrenzen staatsangehörigkeitsrechtlicher Verlustgründe in den Verträgen und einschlägiger EuGH-Rechtsprechung .....	521
1. Art. 20 AEUV: Verlusttatbestände des nationalen Staatsangehörigkeitsrechts in „neuem“ unionsrechtlichen Prüfungsgewand .....	522
a) Einschränkung des mitgliedsstaatlichen Monopols für staatsangehörigkeitsrechtliche Erwerbs- und Verlusttatbestände .....	525
aa) Prozesshistorie EuGH [Rottmann] .....	526

bb) Inventur und Entscheidungsgenese: „Rottmann“ als Schlüssel zur Erweiterung europäischer Jurisdiktionsgewalt .....	527
b) Rs. Tjebbes als präzisierter Maßstab für Verlusttatbestände <i>ex lege</i> .....	533
aa) Prozesshistorie EuGH [Tjebbes] .....	534
bb) Kurzratische Urteilsgenese: Komplementär oder Surrogat der Rottmann-Maßstäbe? .....	535
cc) Würdigung: „Rolle rückwärts“ oder sinnvolle Ergänzung des Gerichtshofs? .....	537
(1) Spezifikation des Verhältnismäßigkeitsvorbehalts nach den „Rottmann-Maßstäben“: EuGH im Spagat zwischen Residualkompetenz und Kernbestandsschutz .....	537
(2) Keine Signalwirkung der Entscheidung hinsichtlich von Mehrstaatigkeit und des Vermeidungsgrundsatzes .....	540
dd) Konsequenzen, Aussagekraft und Ausblick für das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht .....	542
(1) Konsequenz: Überkommene Verlustgründe <i>ex lege</i> im unionsrechtlichen Limbus? .....	543
(2) Applikation der vorbezeichneten Grundsätze auf die Optionsregelung: Verschärfung des Schwebezustandes und unionsrechtlicher Präzisierungsbedarf .....	548
2. Art. 21 AEUV: Das eingeschränkte Freizügigkeitsrecht als Indikator einer unionsbürgerschaftlichen Zwickmühle .....	550
a) Bereichsausnahme für im Inland aufgewachsene Deutsche <i>iure soli</i> als Einschränkung der Freizügigkeit aus Art. 20 Abs. 2 Nr. 1, 21 AEUV ..	551
b) Mitgliedstaatliche Prärogative zur Ausgestaltung und Würdigung staatsangehörigkeitsrechtlicher „enger Bindungen“ als Rechtfertigungsgrund? ..	554
c) Verhältnismäßigkeit und unionsrechtskonforme Auslegung? .....	556
3. Zwischenfazit und unionsrechtlicher Ausblick .....	559
IV. Völkerrechtliche Evaluation des § 29 StAG als Beispiel des permissiven Rahmens für spezifische Angehörigkeitsmodelle .....	561
1. Allgemeines Völkerrecht als unterentwickelter Prüfungsmaßstab .....	561
2. Konformität mit multilateralen, staatsangehörigkeitsrechtlichen Abkommen: Vorbehalt zu Art. 7 des Europäischen Übereinkommens über die Staatsangehörigkeit .....	562
3. Folgerung: Staatsangehörigkeitsrechtliches Unikat unter Völkerrechtskonformität .....	565
V. Resultate: Perspektiven des (novellierten) Optionsmodells und Auswirkungen .....	565
1. <i>Ex post</i> -Korrektur <i>iure soli</i> entstehender Mehrstaatigkeit: Eine als Grundsatz getarnte Ausnahme .....	566
2. Rechtspolitische Tragfähigkeit und Zukunftsaussichten des Optionsmodells ..	567
3. Politische Revitalisierungsperspektiven des Optionsmodells oder auch: Eine Reise ohne Wiederkehr? .....	568

4. Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht: Konzeptionell ungewöhnlich, jedoch weitgehend rechtskonform – prozedural hochproblematisch . . . . .	570
5. Konsequenzen für den Vermeidungsgrundsatz: Indikator einer sukzessiven Wandlung zum Hinnahmeprinzip mit demokratietheoretischen Korrekturen? . . . . .	571
a) Neue Asymmetrie von Geburtserwerb <i>iure soli</i> und Einbürgerungsvorschriften: Keine rechtliche Virulenz, sondern rechtspolitische Handlungsoption . . . . .	572
b) Neue gesetzgeberische und rechtspolitische Tendenzen durch die Entschärfung? . . . . .	573
6. Ausblick: Bereichsausnahme für im Inland aufgewachsene Deutsche <i>iure soli</i> als Anfang vom Ende des Optionsmodells? . . . . .	574
<b>E. Genese rechtspolitischer Gestaltungsoffensiven als Alternativen zum Optionsmodell . . . . .</b>	576
I. Modell der aktiven und ruhenden Staatsangehörigkeit als Flexibilisierung der letztmaßgeblichen Zuordnung? . . . . .	577
1. Konzeptionierungen: Bisherige Erfahrungen im spanisch-lateinamerikanischen und italienisch-argentinischen Rechts- und Personenverkehr als Blaupause? . . . . .	578
2. Kritik: Ein binäres Angehörigkeitsnetz als Rechtsutopie? . . . . .	580
a) Verfassungsrechtliche Implikationen durch die Einheitlichkeit der deutschen Staatsangehörigkeit: Implementierung artifizieller „Status im Status“? . . . . .	581
b) Unionsrecht: Keine Blockade durch <i>Michelleti</i> . . . . .	584
3. Konsequenz: Mehrwert des Modells und Reichweitenbegrenzung . . . . .	585
II. Unterbindung der unlimitierten „Weitervererbung“ kumulierter Staatsangehörigkeiten qua Generationenschnitt . . . . .	588
1. Terminologische Ausdifferenzierung: Kein Inlandsschnitt, sondern Auslandsschnitt . . . . .	589
2. Implementierung des Auslandsgenerationenschnitts, § 4 Abs. 4 StAG . . . . .	590
a) Verfassungsrechtliche Relevanz . . . . .	590
aa) Nichterwerb der Staatsangehörigkeit kein verfassungswidriges Entziehungsanalogon im Hinblick auf Art. 16 Abs. 1 GG . . . . .	591
bb) Exkurs: Aufhebung einer systemwidrigen Erstreckung von § 4 Abs. 4 S. 1 StAG auf verfassungsrechtliche Garantien des Art. 116 Abs. 2 GG . . . . .	592
b) Fehlende Kohärenz des in § 4 Abs. 4 S. 1 StAG angelegten „Generationenschnitts“ sowohl in rechtspraktischer als auch in rechtspolitischer Hinsicht . . . . .	595
c) Rechtspolitischer <i>modus operandi</i> und jüngere Gesetzesinitiative: Notwendigkeit des Ausbaus völkerrechtlicher Verträge und Abhängigkeit von außenpolitischen Koordinaten . . . . .	597

III.	Generationsnachgelagerter Optionszwang für Mehrstaater als <i>reformatio in melius?</i> .....	601
1.	Konzeptionierung .....	602
2.	Replik .....	603
IV.	Sog. gestufte Staatsangehörigkeitsmodelle: Nur ein „fauler Kompromiss“ für die optionsrechtliche Ahnenreihe? .....	606
1.	Konzeptionierung .....	606
2.	Replik .....	607
V.	Folgerungen: Rechtspolitische Glasperlenspiele im Spannungsfeld zwischen politischer Realisierbarkeit und konstitutionellem Einheitlichkeitsgebot – Ein stummer Schrei nach einem „Völkerrecht der Staatsangehörigkeit“ .....	609
<b>F.</b>	<b>Conclusiones finali, Beantwortung aufgeworfener Forschungsfragen und Ausblick</b> .....	611
I.	Präsupposition: Das Recht der Staatsangehörigkeit als parlamentarisch und gesamtgesellschaftlich auszufechtende „Wer“-Frage .....	611
II.	Einfachgesetzliches Vermeidungsprinzip im Spannungsfeld fragwürdiger Rationalität und struktureller Fragilität .....	612
III.	<i>The clash of nationality laws:</i> Pragmatismus in der Rezeption von Positivkonflikten im globalisierten Zeitalter .....	613
IV.	„Was vom Optionszwange übrig blieb“: Symbolpolitische Relique oder genuine Konstituante des Staatsangehörigkeitsrechts? .....	614
V.	Versuch eines bidirektionalen Ausblicks: Parlamentarische Zukunftsmusik in den Perspektiven des Optionsmodells und der (inter-)nationalen Umgangsstrategien mit Mehrstaatigkeit .....	615
VI.	Kernthesen der Untersuchung .....	617
<b>Anlage:</b>	<b>Vom Ende des Vermeidungsgrundsatzes unter dem Staatsangehörigkeitsmodernisierungsgesetz</b> .....	632
I.	Das Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts: „Schlussstein oder Vehikel“ für den Staatsangehörigkeitsdiskurs? .....	633
1.	Restlose Abschaffung des Vermeidungsgrundsatzes .....	633
2.	„Causa finita?“ Wohl kaum! – Veränderte innen- und außenpolitische Realitäten als Katalysatoren neuer Aushandlungsimpulse .....	635
II.	Perspektivisch: Revitalisierungsperspektiven auf den unionsrechtlichen Prüfstand .....	639
III.	Ergebnis: Kein „Federstrich“ für den Zugehörigkeitsdiskurs .....	643
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	645	
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	699	

## **Abkürzungsverzeichnis**

a. A.	andere Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
Abs./UAbs.	Absatz/Unterabsatz
a. E.	am Ende
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte(r) Fassung
AfD	Alternative für Deutschland
AJIL	American Journal of International Law
AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi (türk.: Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung)
allg.	allgemein
Alt.	Alternative
amtl./nichtamtl.	amtlich/nichtamtlich
Amtsbl.	Amtsblatt
Anm.	Anmerkung
AnwBl.	Anwaltsblatt
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Appl. no.	Application number
Art.	Artikel
AStG	Außensteuergesetz
AsylG	Asylgesetz
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
Aufl.	Auflage
AuslG	Ausländergesetz
AVR	Archiv des Völkerrechts
Az.	Aktenzeichen
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BAnz.	Bundesanzeiger
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BBG	Bundesbeamtengesetz
Bd.	Band
BeamtStG	Beamtenstatusgesetz
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
Begr./begr.	Begründer/begründet
Beschl.	Beschluss
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt

BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BMG	Bundesmeldegesetz
BOE	Boletín Oficial del Estado
BR	Bundesrat
BrexitÜG	Gesetz für den Übergangszeitraum nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union
BRJ	Bonner Rechtsjournal
BT	Bundestag
BVA	Bundesverwaltungsamt
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BVFG	Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
BWahlG	Bundeswahlgesetz
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CDCJ	European Committee on Legal Co-operation
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CEPS	Centre for European Policy Studies
CJEU	Court of Justice of the European Union
CMLR	Common Market Law Review
CMS	Comparative Migration Studies
CONF/NAT	Conference on Nationality
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DAV	Deutscher Anwaltverein
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders./dies.	derselbe/dieselbe(n)
DeZIM	Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung
d. h.	das heißt
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
Doc.	Document
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
Drs.	Drucksache
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DW	Deutsche Welle
ECJ	European Court of Justice
ECLR	European Competition Law Review
Ed.	Edition
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft

EhrenamtStiftG	Gesetz zur Errichtung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt
Einl.	Einleitung
EJIL	European Journal of International Law
EKD	Evangelische Kirche Deutschlands
ELJ	European Law Journal
ELR	European Law Review
EMN	European Migration Network
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ERA	Europäische Rechtsakademie
ErbStG	Erbschafts- und Schenkungsteuergesetz
EstG	Einkommensteuergesetz
etc.	et cetera
ETS/SEV	European Treaty System/Sammlung der Europäischen Verträge
EU	Europäische Union
EUDO	European Union Democracy Observatory
EuErbVO	Verordnung (EU) Nr. 650/2012 („EU-Erbrechtsverordnung“)
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuGüVO	Verordnung (EU) 2016/1103 („EU-Güterrechtsverordnung“)
EUI	European University Institute
EuR	Europarecht
EuStAÜbk	Europäisches Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuWG	Europawahlgesetz
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EZAR-NF	Entscheidungssammlung zum Zuwanderungs-, Asyl- und Freizügigkeitsrecht (Neue Folge)
f./ff.	folgende(n)
FAIR e.V.	Federation against Injustice and Racism e.V.
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP (bis 2001: F.D.P.)	Freie Demokratische Partei
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
Fn.	Fußnote
fortgef.	fortgeführt
FreizügG/EU	Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern
GA	Generalanwalt
geänd.	geändert
gem.	gemäß
GER	Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen für Sprachen
GFK	Genfer Flüchtlingskonvention
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GK-StAR	Gemeinschaftskommentar für das Staatsangehörigkeitsrecht

GLJ	German Law Journal
GLOBALCIT	Global Citizenship Observatory
GMBL.	Gemeinsames Ministerialblatt
GO-EP	Geschäftsordnung des Europaparlaments
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
grds.	grundsätzlich
GSZ	Zeitschrift für das Gesamte Sicherheitsrecht
GYIL	German Yearbook of International Law
HGR	Handbuch der Grundrechte
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg./hrsg.	Herausgeber/herausgegeben
Hs.	Halbsatz
HStR	Handbuch des Staatsrechts
HTK-StAR	Hypertextkommentar zum Staatsangehörigkeitsrecht
I. C. J.	International Court of Justice
ICON	International Journal of Constitutional Law
i. d. F.	in der Fassung
i. d. R.	in der Regel
i. e.	id est
IGH	Internationaler Gerichtshof
IJHR	The International Journal of Human Rights
ILC	International Law Commission
IMR	International Migration Review
InfAuslR	Informationsbrief Ausländerrecht
insb.	insbesondere
IP	Internationale Politik (Zeitschrift)
IPbpR	Internationaler Pakt für bürgerliche und politische Rechte
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPwskR	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
IUSCT	Iran-United States Claims Tribunal
i. V. m.	in Verbindung mit
IZPR	Internationales Zivilprozessrecht
JA	Juristische Arbeitsblätter
JEHL	Journal on European History of Law
JEMS	Journal of Ethnic and Migration Studies
JIANL	Journal of Immigration, Asylum and Nationality Law
jM	juris – die Monatsschrift
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JPIL	Journal of Private International Law
Jura	Juristische Ausbildung
jurisPR	juris Praxisreport
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
KritJ	Kritische Justiz

KritV	Kritische Vierteljahresschrift
LVerf	Landesverfassung
MACIMIDE	Maastricht Centre for Citizenship, Migration and Development
MdB	Mitglied des Bundestages
MJ	Maastricht Journal of European and Comparative Law
M.P.	Member of Parliament
MPEPIL	Max Planck Encyclopedia of Public International Law
MRRG	Melderechtsrahmengesetz
MSÜ	Europaratübereinkommen über die Verringerung der Mehrstaatigkeit und über die Wehrpflicht von Mehrstaatern
NATO	North Atlantic Treaty Organization
n. Chr.	nach Christus
NdBGbl.	Bundesgesetzblatt des Norddeutschen Bundes
NILR	The Netherlands International Law Review
NJ	Neue Justiz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
N.N.	NomosKommentar zum Ausländerrecht
No.	Nomen nescio
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWVB1.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OECD-MA	OECD-Musterabkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung von Einkommen und Vermögen
o. g.	oben genannte(s)
ÖStbG	Staatsbürgerschaftsgesetz (Österreich)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OVG	ObERVERWALTUNGSgericht
PolV	Politische Vierteljahresschrift
PStG	Personenstandsgesetz
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RIAA	Reports of International Arbitral Awards
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
RP	Rheinische Post
RR	Rechtsprechungsreport
Rs.	Rechtssache
RSCAS	Robert Schuman Centre for Advanced Studies
Rspr.	Rechtsprechung
RuP	Recht und Politik
RuStAG	Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz
RW	Rechtswissenschaft
RWN	Rijkswet op het Nederlanderschap (Niederländisches Staatsangehörigkeitsgesetz)
S.	Seite
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter

SDÜ	Schengener Durchführungsbereinkommen
Sec.	Section
SG	Soldatengesetz
Slg.	Sammlung
s. o.	siehe oben
sog.	sogenannte, sogenanntes
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz
StAGÄndG	Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes
StAng	Staatsangehörigkeit
StAR-VwV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Staatsangehörigkeitsrecht
StAZ	Das Standesamt
StGB	Strafgesetzbuch
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
StISchGH	Ständiger Internationaler Schiedsgerichtshof
StudZR WissOn	Studentische Zeitschrift für Rechtswissenschaft – Wissenschaft Online
StWissStPr	Staatswissenschaften und Staatspraxis
SVR	Sachverständigenrat für Integration und Migration (bis 2020: Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration)
SZ	Süddeutsche Zeitung
TOP	Tagesordnungspunkt
u. a.	unter anderem
Überbl.	Überblick
Urt.	Urteil
U.S./USA	United States (of America)
usw.	und so weiter
UVR	Umsatzsteuer- und Verkehrsteuer-Recht
v.	von/vom/versus
Var.	Variante
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
VersV	Versailler Vertrag
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vol.	Volume
vs.	versus
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwV	Verwaltungsvorschrift
VwVfG/BayVwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz/Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz
VwZG/BVwZG	Verwaltungszustellungsgesetz
WGO-MfOR	Monatshefte für Osteuropäisches Recht
WiRO	Zeitschrift für Wirtschaft und Recht in Osteuropa
WISTA	Wirtschaft und Statistik
WPflG	Wehrpflichtgesetz
WÜK	Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen

WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge
YEL	Yearbook of European Law
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
z. B.	zum Beispiel
ZEuS	Zeitschrift für europarechtliche Studien
ZfP	Zeitschrift für Politik
Ziff.	Ziffer
ZJS	Zeitschrift für das juristische Studium
ZÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
z. T.	zum Teil
zugl.	zugleich
ZwProtMSÜ	Zweites Zusatzprotokoll zum Europaratsübereinkommen über die Verringerung der Mehrstaatigkeit und über die Wehrpflicht von Mehrstaatern

Ergänzend wird Bezug genommen auf: *Kirchner*, Hildebert (Begr.): Kirchner – Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 10. Auflage 2021.

## A. Einführung:

# Staatsangehörigkeitsrecht und Mehrstaatigkeit im Kontext des Migrations(folgen)rechts<sup>1</sup>

Es gibt wenige Teilgebiete des Rechts, in denen sich Rechtstheorie, Rechtsdogmatik und Rechtspolitik in einem vergleichbar intensiven Maße die Hand reichen, wie es in dem in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts sukzessive entstandenen und sich stetig fortentwickelnden Mehrebenensystem des Migrationsrechts der Fall ist<sup>2</sup>. Dieses bildet einen Querschnitt durch rechtliche Sphären, die eine erhebliche politische Aufladung besitzen und gerade im Lichte jüngerer globaler Migrationsgeschehen nie aus dem Fokus der Öffentlichkeit gerückt sind. *In concreto* lässt sich dieses System in die Einzelgebiete des Aufenthaltsrechts, des Asylrechts, des unionsbürgerschaftlichen Freizügigkeitsrechts und nach hier vertretener Auffassung des Staatsangehörigkeitsrechts auffächern<sup>3</sup>. Insbesondere die

---

<sup>1</sup> Seitens des Verfassers sei Wert auf den Hinweis gelegt, dass die Arbeit nur zum vereinachten Lesefluss im generischen Maskulinum artikuliert.

<sup>2</sup> Einstmals prominent „Ausländer- und Asylrecht“ genannt, siehe (auch zum Mehrebenencharakter) *M. Krajewski*, Status als Instrument des Migrationsrechts, in: M. Jestaedt (Hrsg.), Grenzüberschreitungen – Berichte und Diskussionen auf der Tagung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer in Linz vom 5.–8. Oktober 2016, 2017, S. 126, 128f.; *D. Thym*, 40 Jahre ZAR: Akteure, Themen, Trends, in: ZAR 2020, 159 (161); zur Begriffsentwicklung ferner auch *F. von Harbou/E. Weizsäcker*, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Recht der Bildungsmigration, 2. Aufl. 2020, S. 2f.; exemplarisch Titel des Lehrbuchs von *K. Hailbronner*, Asyl- und Ausländerrecht, 5. Aufl. 2021.

<sup>3</sup> So zu Recht und mit zutreffenden Verweis darauf, dass mit der Einbürgerungsentscheidung der Migrationsprozess seinen Abschluss findet, *Krajewski*, Status (in diesem Kapitel, Fn. 2), S. 128; zutreffend lehnt er die Gegenauffassung ab, die in Abrede stellt, dass das Staatsangehörigkeitsrecht als Bestandteil des Migrationsrechts bezeichnet werden könne, da der Migrationsprozess im Sinne der permanenten Bleibeentscheidung mit der Naturalisation bereits gefallen sei, hierfür mit weiteren Nachweisen *K. F. Gärditz*, Der Bürgerstatus im Lichte von Migration und europäischer Integration, in: *G. Biaggini* (Hrsg.), Repräsentative Demokratie in der Krise? – Referate und Diskussionen auf der Tagung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 2012, Bd. 72, 2013, S. 118; wie hier auch *D. Thym*, Bürger zweiter Klasse im Einwanderungsland? Rechtliche Inhalte und symbolische Markierungen im Diskurs um das Staatsangehörigkeitsrecht, in: Die Verwaltung 52 (2019), 407 (431), der betont, dass Migration „im Lichte des Integrationsparadigmas“ nicht auf den Erhalt einer dauerhaften Aufenthaltserlaubnis begrenzen sollte, allein schon, weil die rechtliche Vollzugehörigkeit hiermit noch nicht erworben ist; wohl auch *J. Bast*, Aufenthaltsrecht und Migrationssteuerung, 2011, S. 51: „Konturen eines breit gefächerten Migrationsrechts“; hervon geht implizit auch die BRAK aus, die für die Verleihung des Fachanwaltstitels für Migrationsrechts Kenntnisse des Staatsangehörigkeitsrechts zwingend voraussetzt, siehe nur § 14p BORA/FAO.

weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen polarisieren das in der nachfolgenden Untersuchung in den Fokus gestellte Recht der Staatsangehörigkeit, welches in Zukunft hinsichtlich politischer Zuordnungs- und Inklusionsfragen an praktischer Bedeutung zugewinnen wird<sup>4</sup>. Aus Sicht des politischen Diskurses leuchtet dies insofern ein, als sie als leicht greifbare und gemeinhin bekannte Verbriefung von Zugehörigkeit rezipiert und zuvörderst von politischen Akteuren als solche kommuniziert wird. Schon dieser Umstand lädt förmlich zu ideologischen Einkleidungen, Mystifikationen oder symbolpolitischen Instrumentalisierungen dieser *per se* formal anmutenden Materie ein. Flankiert von dahingehend bestätigenden tagespolitischen Geschehnissen wird durchaus zutreffend angemerkt, dass „über kaum ein anderes Problem [...] in der Demokratie Mehrheiten rascher verloren, Regierungen gestürzt, ja Verfassungen geändert werden [können]“<sup>5</sup>. Innerhalb der Rechtswissenschaft hingegen fristete das Staatsangehörigkeitsrecht jedoch lange ein Schattendasein. Unter dem Eindruck der *anno* 2015 „stärksten Migrationsbewegungen seit 1950“ bestimmen im migrationsrechtlichen Schrifttum noch heute Thematiken der rechtlichen Migrationssteuerung im engeren Sinne das wissenschaftliche Geschehen<sup>6</sup>. Gesellschaftliche Dynamisierungsprozesse drücken sich allerdings nicht nur in aufenthalts- und integrationsrechtlichen Zusammenhängen, sondern auch im Kontext des statisch-formalisierten Rechtsinstituts der Staatsangehörigkeit aus. Zuletzt erfuhr das Staatsangehörigkeitsrecht im Angesicht tagespolitischer Ereignisse, gesetzlicher Teilnovellierungen und akuter Modernisierungsbestrebungen eine vernehmbare Renaissance, die auch in einschlägigen Monographien, wissenschaftlichen Vorträgen oder Aufsätzen ihren Niederschlag gefunden hat<sup>7</sup>. Die vorliegende

<sup>4</sup> Die gestiegene praktische Bedeutung im Lichte dieser Ereignisse spiegelt sich in der anwaltlichen Beratungspraxis etwa in der vorbezeichneten Einführung des Fachanwaltstitels für Migrationsrecht im Jahr 2015 wider.

<sup>5</sup> W. Leisner, „Nation“ und Verfassungsrecht – Das integrierte Volk als demokratischer Souverän in der Migration, in: Der Staat 55 (2016), 213 (213); wie sich zeigen wird, findet Leisners These zahlreiche Anknüpfungspunkte in der jüngeren parlamentarischen Historie der Bundesrepublik; ähnliche Richtung zum Vorstehenden zudem Thym, Bürger (in diesem Kapitel, Fn. 3), S. 427 ff.

<sup>6</sup> Hierzu jüngst K. Odendahl, Migrationssteuerung im Mehrebenensystem, in: M. Jestaedt (Hrsg.), Grenzüberschreitungen – Berichte und Diskussionen auf der Tagung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer in Linz vom 5.–8. Oktober 2016, Bd. 76, 2017, S. 50 f., zu dem in der Rechtswissenschaft jüngst etablierten Begriff der Migrationssteuerung oder Migrationsmanagement S. 55 f.; eingehend aus dem konkurrierenden Blickwinkel fünf verschiedener Disziplinen Bast, Aufenthaltsrecht (in diesem Kapitel, Fn. 3), S. 75 ff.; exemplarisch das dargelegte Thementableau der ZAR als etablierte Zeitschrift für das Migrationsrecht Thym, 40 Jahre ZAR (in diesem Kapitel, Fn. 2), S. 160, wonach die Staatsangehörigkeit in 61 Abhandlungen thematisiert worden ist, wo hingegen das Asylrecht mit 315 und das gesonderte Themenfeld „Integration“ mit 247 Beiträgen die „unangefochtenen Spitzentreiter“ darstellen.

<sup>7</sup> Als jüngstes und wohl auch als prominentestes Beispiel lässt sich exemplarisch auf die profunde monographische Analyse von einem verfassungshistorischen Ausgangspunkt von F. Weber, Staatsangehörigkeit und Status: Statik und Dynamik politischer Gemeinschaftsbildung, 2018, anführen; ähnlich inhaltsreich, mit einem differenten methodischen Ansatz M. Deinhard, Das Recht der Staatsangehörigkeit unter dem Einfluss globaler Migrationser-

Arbeit soll jedoch nicht das Ziel verfolgen, die Staatsangehörigkeit *per se* als staats- und völkerrechtliche Zugehörigkeitskonstante in der Makroperspektive dynamischer Migrationsprozesse zu beleuchten oder gar als formalisierten Fixknoten der Zugehörigkeit gänzlich infrage zu stellen, sondern setzt die hierzu getroffenen bisherigen Erkenntnisse für die Untersuchung eines höchst brisanten Teilgebiets des Staatsangehörigkeitsrechts voraus. Gleiches gilt für die überkommenen Erwerbsmodi. Deren Prüfung auf ihre rechtliche und Gerechtigkeitstheoretische Konsistenz „vom Scheitel bis zur Sohle“ würde den Rahmen dieser Untersuchung sprengen<sup>8</sup>. Gegenstand dieser Untersuchung ist vielmehr erstens der Vermeidungsgrundsatz mehrfacher Staatsangehörigkeit, welcher in der politischen Debatte im Sinne des oben angeführten Zitats bereits als Instrument zur Erzwingung und Beendigung parlamentarischer Mehrheiten genutzt worden ist, sowie zweitens die Analyse eines rechtlichen Instruments, das in Deutschland zur Durchsetzung dieses Grundsatzes verwendet worden ist<sup>9</sup>.

## **I. Thematische Koordinatensetzung: Dichotomie des Untersuchungstopos**

Durch die formale Verbriefung des staatsangehörigkeitsrechtlichen Status macht Mehrstaatlichkeit mittelbar die Realitäten im seit Ende des Zweiten Weltkriegs diskontinuierlich zunehmenden Migrations- und Mobilitätsgeschehen sichtbar. Der Untersuchung liegt die Arbeitshypothese zugrunde, dass eine verstärkte Hinnahme von Mehrstaatlichkeit gegen das von Thym herausgearbeitete Rechtsbild der „sedentären Bias“ opponiert<sup>10</sup>. Politisch unterliegt das konkrete Thema der verstärkten

---

scheinungen, 2015, der sich auf den Wandel des Staatsangehörigkeitsrechts im Fokus von Migrationsbewegungen zu fokussieren versucht, freilich ohne noch die „Flüchtlingskrise“ berücksichtigen zu können; auf die Implikationen universaler Menschenrechte auf die Staatsangehörigkeit Fokus setzend S. Uslucan, Zur Weiterentwicklungsfähigkeit des Menschenrechts auf Staatsangehörigkeit, 2012.

<sup>8</sup> Prominente und vieldiskutierte Analyse aus rechtssoziologischer Distributionsperspektive A. Shachar, The Birthright Lottery, Cambridge (MA) 2009, S. 21 ff., 70 ff.

<sup>9</sup> Abseits der akut einmal mehr öffentlich ausgetragenen „Doppelpass-Debatte“ richtet sich der Fokus ferner auf die staatsangehörigkeitsrechtliche Behandlung (ehemaliger) mutmaßlicher Angehöriger von Terrormilizen, die in eine Novellierung des § 28 StAG mündeten, kritisch zu dieser Neuregelung A. Wallrabenstein, Die Egalisierungsfunktion der Staatsangehörigkeit – Warum die Ausbürgerung von Terroristen keine Lösung ist, in: Verfassungsblog vom 22.6.2019, abrufbar unter: <https://verfassungsblog.de/die-egalisierungsfunktion-der-staatsangehoerigkeit/> (zuletzt abgerufen am: 10.1.2024); *dies.*, „Was heißt es heute, einem Staat anzugehören?“, Süddeutsche Zeitung v. 6.3.2019, S. 5; zu den Zustimmungs- und Ablehnungswerten des „Doppelpasses“ in der Bevölkerung S. Worbs, Doppelte Staatsangehörigkeit in Deutschland: Zahlen und Fakten, Bundeszentrale für politische Bildung, 11.8.2017, S. 10.

<sup>10</sup> Dies sehen D. Kalekin-Fishman/K. Tsitselkis/P. Pitkänen, Theorizing Multiple Citizenship, in: D. Kalekin-Fishman/P. Pitkänen (Hrsg.), Multiple Citizenship as a Challenge to European National-States, Rotterdam, 2007, S. 1 ff.; generalisierend für einige Einwanderungsstaaten als zentralen Anlass für die hierdurch ausgelöste Kontroverse an; den vielschichtigen